

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/18

25. Januar 1973

Ich antworte zum Stichwort Parkgebühren

Überlegungen zum Planspiel: Gerechte Neu-
regelung

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB
Bundesminister für Verkehr

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Innerdeutscher Handel ist kein Tauschobjekt

Klarstellungen zur politischen und recht-
lichen Lage

Von Dr. Hans Apel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Aus-
wärtigen Amt

Seite 3 / 28 Zeilen

CDU kämpft für Medien-Privilegien

Die SPD verhilft den GG-Bestimmungen zum
Durchbruch

Von Dr. Peter Glotz MdB

Seite 4 / 50 Zeilen

Der apokalyptische Krieg in Vietnam

Versuch zur Deutung einer menschlichen
Katastrophe

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Seite 5 bis 8 / 153 Zeilen

Ich antworte zum Stichwort Parkgebühren

Überlegungen zum Planspiel: Gerechte Neuregelung

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB
Bundesminister für Verkehr

"Parken wird teurer" - diesen Gemeinplatz konnte man in den letzten Tagen wiederholt hören. Den Anlaß bot ein Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, der die Neuregelung der Parkuhrgebühren vorsieht und jetzt den Bundesressorts, Ländern und Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet wird.

Das Zitat ist richtig und falsch zugleich. Falsch insofern, als nicht etwa daran gedacht ist, die Gebühren bei Parkuhren generell zu erhöhen. Der Entwurf sieht vielmehr vor, daß die Gebühr auch in Zukunft grundsätzlich zehn Pfennige je angefangene halbe Stunde beträgt, die Gemeinden aber in einer Gebührenordnung selbstständig auch eine höhere Gebühr festsetzen können.

Wie teuer das Parken also wird, bestimmen letztlich die Gemeinden. Sie werden die Gebühr entsprechend der örtlichen Situation bemessen müssen. Örtliche Situation: Dieser Begriff umfaßt auch das für die neu einzuführende Staffelungsmöglichkeit der Gebühren wichtige Verhältnis von Parkplatzangebot und -nachfrage. Im Normalfall also wird die Gebühr vom Stadtrand zur Stadtmitte höher werden. Diese neue Regelung - von den Ländern und Kommunen selbst seit langem wiederholt angestrebt - soll zu einem schnelleren Wechsel der Parkplatzbenutzer und damit zu einer intensiveren Nutzung des knappen Parkraums beitragen.

Mit dem Argument, dies alles sei unsozial und führe dazu, daß das Parken ein Privileg der Reichen werde, haben in den letzten Tagen nun insbesondere einige Automobilclubs gegen die beabsichtigte Neuregelung Stellung bezogen. Hier muß ich zunächst mit einer Gegenfrage antworten. Ist es denn sozialer,

wenn nur die Autofahrer ins Zentrum der Städte fahren, die Zeit und Geld genug haben, um im Stadtverkehr in benzinfressendem Schrittempo oft zehn und mehr Minuten lang vergeblich nach einem freien Parkplatz zu suchen? Nicht die Parkgebühr selbst macht doch das Parken in der City so teuer, sondern der ungewöhnlich hohe Benzinverbrauch und die langen "Suchzeiten". Wer denkt schon daran, daß etwa eine Minute Parkplatzsuche rd. 15 Pfennige Benzinverbrauch kostet? So gesehen wäre es also eher unsozial, wenn wir es bei diesem Zustand belassen und uns nicht darum bemühen würden, möglichst vielen Autofahrern einen möglichst günstig zum Zentrum gelegenen Parkplatz bereitzuhalten.

Und, last but not least: Ganz besonders entscheidend bei dieser beabsichtigten Neuregelung ist doch die Tatsache, daß die Einnahmen aus den Parkgebühren entgegen der jetzigen Regelung zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwendet werden. Ein Journalist meinte dieser Tage: "Dann zahlen ja in Zukunft eher die Reichen für die Armen." So ganz unrecht hat er mit dieser Auffassung nicht. Denn die Zweckbindung bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau schneller, leistungsfähiger und damit attraktiver öffentlicher Personennahverkehrssysteme; wie U- oder S-Bahnen, die die überlasteten Stadtzentren vom Individualverkehr entlasten. Das bedeutet aber auch einen Gegenwert für den Autofahrer unmittelbar, z. B. mehr Mittel für die Schaffung von Parkmöglichkeiten am Rande von Fußgängerzonen und von Park-and-Ride-Systemen.

Natürlich kann man von diesem System der Parkgebühren allein nicht erwarten, daß es das Problem Stadtverkehr oder auch nur das des Parkraums löst. Diese Maßnahme muß man vielmehr im Zusammenhang mit dem ganzen Nahverkehrskonzept der Bundesregierung sehen. Sie ist einer der Bausteine, die zusammengefügt ein geordnetes und festes "Gebäude" Nahverkehr bilden sollen.

(~/25.1.1973/bgy/ee)

+ + +

Innerdeutscher Handel ist kein Tauschobjekt

Klarstellungen zur politischen und rechtlichen Lage

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Aktuelle Ausführungen des CDU-Abg. Erich Blumenfeld als Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Europa-Rates zur Fortgeltung des EWG-Protokolls über den innerdeutschen Handel geben Veranlassung, noch einmal sehr deutlich die politische wie die rechtliche Lage deutlich zu machen.

Die Gültigkeit des Protokolls über den innerdeutschen Handel wird durch den Grundvertrag nicht berührt. Der Grundvertrag hält die deutsche Frage offen. Die beiden deutschen Staaten werden auch künftig füreinander nicht zum Ausland. Das Protokoll zum innerdeutschen Handel wurde ausdrücklich in der Absicht geschlossen, eine Vertiefung der deutschen Teilung durch den Vollzug des EWG-Vertrages zu vermeiden. Genau das ist auch eines der Ziele des Grundvertrages. Damit hat sich an den Grundlagen des Protokolls zum innerdeutschen Handel nichts geändert, im Gegenteil. Das unterstreicht auch der Text des Grundvertrages selbst.

Natürlich sollen unsere Handelsregelungen mit der DDR nicht die fortschreitende westeuropäische Integration stören. Schwierigkeiten des zoll- und abschöpfungsfreien innerdeutschen Handels für unsere EWG-Partner müssen ausgeschlossen werden. Doch das sieht das 1957 von Adenauer und Prof. Hallstein unterzeichnete Protokoll zum innerdeutschen Handel auch durchaus vor. Darüber wird zu reden sein. Nicht jedoch über die törichten Ausführungen des Abg. Blumenfeld. Sie reißen sich ein in Forderungen einzelner Europa-Parlamentarier und anderer Repräsentanten einzelner EWG-Staaten, die wir seit vielen Jahren mit Fug und Recht zurechtgewiesen haben. Denn der innerdeutsche Handel wird als eine wesentliche Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten auch weiterhin unverzichtbar sein. (-/25.1.1973/ks/ex)

CDU kämpft für Medien-Privilegien

Die SPD verhilft den GG-Bestimmungen zum Durchbruch

Von Dr. Peter Glotz MdB

Immer, wenn die Union mit Zähnen und Klauen Privilegien verteidigt, bezichtigt sie den politischen Gegner des "Klassenkampfes". So jetzt auch in der Pressepolitik: In ihren parteioffiziellen "Deutschlanddienst" bezeichnete sie den medienpolitischen Teil der Regierungserklärung des Bundeskanzlers als "Wortgeklingel". Gleichzeitig wurde dem Kanzler allerdings unterstellt, dass er unter dem massiven Druck "linker Ideologen" stehe. Wieder einmal werden Landespresseausschlüsse oder Regelungen der inneren Pressefreiheit aus dem Zusammenhang gerissen und zum Popanz aufgebaut. Kurz zusammengefasst: Die Union empfiehlt sich - allerdings ungeschickt - den Verlegern.

Die Verleger wissen aber, daß eine wortreiche Verteidigung der privatwirtschaftlichen Struktur der Presse gegenüber dieser Regierung unnötig ist. Das Konzept des "publizistischen Gleichgewichts", das der Medienparteitag der SPD schon 1971 entwickelt hatte, verlangt ja geradezu die private Organisation der Presse neben der öffentlich-rechtlichen Verfassung der Rundfunkanstalten. Zu diesem Konzept stehen die Sozialdemokraten nach wie vor. Sie stehen allerdings genauso zu dem abgewogenen ordnungspolitischen Maßnahmenkatalog in der Pressepolitik, den sie in langen Diskussionen entwickelt haben. Deshalb werden sie eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Verlegern und Journalisten und personalrechtliche Mitbestimmungsrechte für Journalisten über ein Presserechtsrahmengesetz zu verankern suchen und über das Kartellrecht eine Pressefusionskontrolle anstreben. Drittes Projekt dieser Legislaturperiode ist ein Gesetz über die Medienstatistik. Im übrigen sollte auch die Union endlich von dem ebenso unrichtigen wie wirkungslosen Satz herunterkommen, dass eine tarifrechtliche Lösung der Kompetenzfrage einer gesetzlichen Lösung vorzuziehen sei. "Gewartet" wurde inzwischen vom Gesetzgeber lange genug - jetzt muss gehandelt werden. Einigen sich die Tarifpartner in der Zwischenzeit, dann ist es umso besser.

Und noch etwas sollte klar sein: Die SPD kann und wird einen Mißbrauch von lokalen Zeitungsmonopolen auf die Dauer nicht zuschauen, wie sehr auch die Union versucht, mit Hilfe der Landespresseausschlüsse Journalisten und Verleger zu verschrecken. Hier geht es nicht um "das aufgeregte Schwenken des Grundgesetzes", von dem unsinnigerweise in dem CDU-Dienst die Rede ist, sondern um die Beachtung zentraler Rechte eben dieses Grundgesetzes. Auch hier gilt, dass die Sozialdemokraten es freudig akzeptieren werden, wenn die Presse von sich aus und ohne gesetzlichen Zwang den Mißbrauch von lokalen Monopolen beseitigt. Ein kompetenzschwacher Beschwerdeausschuß beim Presserat reicht dazu allerdings nicht aus.

Im übrigen gibt es keine Festlegung auf gesetzliche Instrumente wie die viel zitierten Landespresseausschlüsse. Sie sind und bleiben eine mögliche Lösung neben anderen. Die CDU und CSU werden sich darauf einstellen müssen, dass die konkrete Medienpolitik der sozialliberalen Koalition durch pathetische Leitartikel nicht aufzuhalten ist.

(-/25.1.1973/mäu/ex)

Der apokalyptische Krieg in Vietnam

Versuch zur Deutung einer menschlichen Katastrophe

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Nachdem nunmehr endgültig ein Ende des furchtbaren, ja apokalyptischen Kriegsgeschehens in Vietnam abzusehen ist, erscheint es unter politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten angezeigt, den Indochinakonflikt einmal mehr in der historischen Gesamtperspektive stichwortartig zu beleuchten bzw. in Erinnerung zu rufen; hat er doch in seinem entscheidenden Teil zu einem Zeitpunkt begonnen, als die heute 18jährigen gerade geboren und die 30jährigen knapp 12 Jahre alt waren.

Der Krieg nach 1954, der auch als der zweite Vietnam-Krieg bezeichnet werden kann, ist eng verbunden mit dem ersten von 1946/47 bis 1954, dem Befreiungskrieg der Vietnamesen gegen die französischen Kolonialherren. Diesen Krieg verlor Frankreich, nachdem sich die Amerikaner trotz aller Militär- und Wirtschaftshilfe schließlich geweigert hatten, den in Dien Bien Phu von Ho Chi Minh bedrängten und schließlich besiegten französischen Truppen durch einen massierten militärischen Einsatz zu Hilfe zu kommen und sie vielleicht dadurch zu retten. Für viele Beobachter stand schon damals fest, daß die wichtigste Komponente in der vietnamesischen Befreiungsbewegung nach 1945 zunächst eine nationale und nicht eine kommunistische gewesen war. Der Westen unter Führung der USA glaubte sich demgegenüber zu Beginn der fünfziger Jahre durch einen ideologisch festgefügtten kommunistischen Weltblock in Asien ebenso in Europa bedroht.

Diese, wie wir wahrscheinlich heute schon sagen können, falsche Deutung der Situation in Südostasien führte zu den bekannten Entscheidungen des doppelt schicksalhaften Jahres 1954: einmal zu dem Genfer Indochina-Abkommen mit manchen konfliktfördernden Bestimmungen (z.B. in Sachen freie Wahlen in Gesamtvietnam); zum anderen zu dem SEATO-Pakt, dessen Schutz Südvietnam, Laos und Kambodscha als sogenannte Protokollstaaten unterstellt wurden. Der vom damaligen amerikanischen Außenminister J.F. Dulles konzipierte Pakt sollte vor allem der Eindämmung des Einflusses des kommunistischen China und damit eben des Weltkommunismus durch Washington dienen.

Eisenhowers Domino-Theorie

Die Genfer Indochinavereinbarungen wurden in dem nun in Südvietnam ausbrechenden Bürgerkrieg sehr bald durch alle Beteiligten verletzt, nicht zuletzt durch die Vereinigten Staaten, die in Südvietnam in erster Linie ein Bollwerk gegen Peking errichten wollten. Der zweite Vietnam-Krieg war also ein Kind des Kalten Krieges in Europa und des heißen in Korea, also von Kriegen, die

nicht von den Amerikanern ausgelöst worden waren. Seit 1954 bestand somit ein enger Zusammenhang zwischen amerikanischer China- und amerikanischer Vietnam-Politik. Dieser Zusammenhang wurde deutlich in der stets aufs neue bekräftigten sogenannten Domino-Theorie, die ursprünglich von dem damaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower entwickelt worden war. Nach dieser Theorie würde ein westliches Nachgeben gegenüber einer aggressiven Expansionspolitik Pekings an anderen Stellen in Asien auch in Gestalt von indirekt geförderten Konflikten zwangsläufig andere Dominosteine, d.h. andere Staaten und Völker, gefährdet haben. Eine solche Annahme konnte bis heute von den Quellen her weder bewiesen noch widerlegt werden; über sie wird endgültig die Geschichtsforschung zu entscheiden haben. Vieles spricht dafür, daß sie von Anfang an falsch war, alles aber, daß sie mit dem Besuch des Präsidenten Richard M. Nixon am Hofe Mac-Tse-tungs von den USA endgültig über Bord geworfen worden ist, um durch eine Umorientierung der Washingtoner Chinapolitik die entscheidende Voraussetzung für eine neue amerikanische Vietnam-Politik des Disengagement zu schaffen.

Man wird z.B. einem Mann wie dem langjährigen Außenminister Dean Rusk als Primärmotivation seiner Vietnam-Politik den aus der Domino-Theorie geborenen Wunsch kaum absprechen können, unter allen Umständen ein "zweites München" (1938), also ein zweites "Nicht-den-Anfängen-wehren" zu verhindern. Dies macht neben der Tatsache, daß die amerikanische Intervention in Vietnam von Anfang an gerade unter dem Gesichtspunkt des "nationalen Interesses" der USA selber verfehlt war, die eigentliche Tragik der Washingtoner Vietnam-Politik aus - ganz abgesehen von ihren im Laufe der Entwicklung dann moralisch sehr bedenklichen Aspekten oder dem ebenso zynischen wie undifferenzierten Machtdenken mancher außen- und militärpolitischer Berater in Washington, wie dies uns etwa aus den sogenannten Pentagon-Papieren entgegenschlägt.

Wirtschaftlich und militärisch verfehlt

Mit einem klassischen Imperialismus hatte aber die Intervention der USA - im Gegensatz zu manchen anderen Interventionen Washingtons auch nach 1945 in Lateinamerika - sehr wenig zu tun, schon gar nichts mit den charakteristischen Merkmalen, die Lenin mit dem Imperialismus in Verbindung gebracht hatte. Volkswirtschaftlich konnten die USA durch den Vietnam-Krieg nur verlieren, mußten sie doch z.B. wichtige innenpolitische Reformen deshalb immer wieder drosseln. An dieser These ändert auch die Tatsache nichts, daß einige große amerikanische Firmen durch diesen Krieg in schrecklicher Weise zu "Kriegsgewinnlern" geworden sind. Eine erhöhte Investitionstätigkeit der USA in Vietnam oder der Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen Washington und Saigon war aber durch eine solche Politik der Intervention nicht zu erwarten gewesen.

Militärisch war das amerikanische Unternehmen ebenfalls von Anfang an verfehlt. Vom Materialeinsatz her hätte das kommunistische China bzw. "der" Kommunismus in Asien (den es dort eben entgegen manchen amerikanischen Analysen in "geschlossener" Reinkultur nie gab) viel besser zum Beispiel durch eine mit Atomraketen bestückte U-Boot-Flotte im Golf von Tonking oder anderswo eingeräumt werden können. Sicherlich konnte dies erfolgreich nicht durch ein Abgehen von der klassischen amerikanischen Militär-Doktrin geschehen, die einen Landkrieg in Asien unter allen Umständen vermeiden wollen. An diese Doktrin hatten sich die Amerikaner sowohl in der Endphase des chinesischen Bürgerkrieges vor 1949 als auch im Korea-Krieg 1950/51 und nicht zuletzt im ersten Vietnam-Krieg noch gehalten. In einem Gebiet wie Südvietnam wäre ein ähnlicher Kurs schon von der Militärgeographie geboten gewesen. Die USA hätten vermutlich einen militärischen Sieg nur erringen können, wenn sie Empfehlungen aus dem In- und Ausland gefolgt wären, Nordvietnam selber durch ein groß angelegtes Kommandounternehmen zu besetzen. Dies hätte aber mit Sicherheit den Bündnisautomatismus auf der "anderen" Seite ausgelöst und damit den Dritten Weltkrieg wahrscheinlich gemacht. Die Zuflucht zu Flächenbombardements ganzer Landstriche; vor allem aber offener Städte, durch Washington war gleichermassen militärisch sinnlos wie ethisch verwerflich und mußte die Vereinigten Staaten in der gesamten Welt in eine zunehmende Isolierung treiben. Leider können solche Luftangriffe noch nicht in sich als völkerrechtswidrig bezeichnet werden - wenn wir einmal absehen von dem Gebot zur "Verhältnismäßigkeit der Mittel" -, sie geben jedoch hoffentlich nurmehr den entscheidenden Anstoß zu einer völkerrechtlichen Weiterentwicklung der Nürnberger Rechtsprechung.

Politischer Versuch an untauglichem Objekt

Aber auch ohne die Gefahren einer Entfremdung der USA von manchen ihrer Freunde und Verbündeten zumindest in Europa war die amerikanische Intervention in Vietnam von Anfang an auch im engeren Sinne politisch verfehlt. Der Versuch nämlich, Südvietnam mit seinen gänzlich anderen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sowie völlig anders verlaufenen historischen Traditionslinien ein westlich-demokratisches Regierungs- und Gesellschaftssystem überzustülpen - oder es aber vor einem undefinierten und undefinierbaren Kommunismus zu bewahren -, das konnte nur ein Versuch am untauglichen Objekt sein; nicht zuletzt deshalb, weil Washington sich zu keinem Zeitpunkt auf demokratisch einwandfrei zustandgekommene und stabile Regierungen in Südvietnam verlassen konnte. Zwar hat es auch in Vietnam unmittelbar nach 1954 eine "Abstimmung mit den Füßen" - zum Beispiel vieler Katholiken vom Norden nach dem Süden - gegeben; bis heute aber konnte das Ausmaß der Unterstützung für die jeweilige Regierung in Saigon mit Genauigkeit ebensowenig festgestellt werden wie die Unterstützung der Bevölkerung für den Vietkong und die Nationale Befreiungsfront. Ansprüche und Wirklichkeit werden in dieser Beziehung aber wahrscheinlich schon sehr bald genauer abgeschätzt werden können.

Man hatte es in Vietnam mit einer Politik der USA zu tun, die nicht nur im Ansatz verfehlt war, sondern auch zu keinem Zeit-

punkt als völkerrechtlich gerechtfertigt angesehen werden konnte. Deshalb - und auch aus einem ebenso entschlossenen wie klaren moralischen Engagement heraus - machte sich ja auch seit 1965/66 ein zunehmend stärkerer innenpolitischer Widerstand in den USA selber gegen die Vietnam-Politik der verschiedenen Washingtoner Regierungen bemerkbar. Ganz abgesehen von völkerrechtlich mehr als fragwürdigen Vergeltungsschlägen gegen Nordvietnam aus der Luft schon im August 1964 (eben unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit der Mittel) konnte weder der SEATO-Pakt noch das Genfer Indochina-Abkommen von 1954 als Rechtfertigung für die amerikanische Politik herangezogen werden. Der SEATO-Pakt deshalb nicht, weil von seinen Partnern in Vietnam keine "Aggression mittels eines bewaffneten Angriffs" von Nord- nach Südvietnam hinein, sondern nur eine Infiltration förmlich festgestellt wurde und damit der Bündnisfall von einigen Paktmitgliedern als gegeben angesehen wurde; das Genfer Abkommen nicht, weil ganz im Gegenteil seine Bestimmungen eine Erhöhung der genau festgesetzten ausländischen Truppenstärken ohne Genehmigung der internationalen Kontrollkommission nicht vorgesehen hatten. Bilaterale Verpflichtungen schließlich zur militärischen Hilfe Washingtons für Saigon konnten schon angesichts der Entstehungsgeschichte der ersten südvietnamesischen Regierung nur mühsam untermauert werden, war doch das Regime Diems 1954 nach allem, was wir bisher wissen, von Washington mehr oder weniger eingesetzt worden. Solche Verpflichtungen sind jedenfalls von der Qualität her nicht vergleichbar mit denen der USA z.B. im Rahmen der NATO.

Nordvietnams Schuldanteil

Bei aller kritisch-ablehnenden Bewertung der amerikanischen Vietnam-Politik muß nun aber der Politologe - und letztlich genauso der Politiker - auch immer in Rechnung stellen, daß nicht allein die Vereinigten Staaten in einen Krieg in Südvietnam eingegriffen haben, der von der Natur der Sache her letztlich ein Bürgerkrieg war, sondern genauso auch die Nordvietnamesen. Umstritten sind - wiederum von den Quellen her - Stärke, Form und genauer Zeitpunkt ihrer militärischen Intervention in Südvietnam. Ihre schon sehr frühe militärische Anwesenheit dort steht jedoch außer Zweifel, wenn es zunächst nur mit irregulären Einheiten begonnen hatte. Hanoi konnte diese Anwesenheit nicht etwa unter Berufung auf den Umstand rechtfertigen, daß die in den Genfer Indochina-Vereinbarungen vorgesehenen Wahlen in Gesamtvietnam auch von Saigon verhindert wurden oder aber die Teilung Gesamtvietnams 1954 nur als vorläufig gedacht war. Vielmehr hat auch Nordvietnam gegen Geist und Buchstaben der Vereinbarungen von 1954 verstoßen.

Jenseits von aller, in der Welt brutaler Machtpolitik so gewichtigen, moralischen Verurteilung der Kriegsführung in Vietnam, wie sie in den letzten Monaten und Jahren durch aussenstehende Staaten, Gruppen und Einzelne ebenso wie durch viele tausende Amerikaner selber laut wurde, hätte angesichts der ganzen Geschichte dieses unseligen Krieges der Adressat für realistische Aufforderungen zur Beendigung der Kriegshandlungen zu keinem Zeitpunkt allein Washington sein dürfen, sondern genauso Hanoi, Saigon und die Nationale Befreiungsfront sein müssen. An allen vier Beteiligten wird es denn auch liegen, ob ein jetzt ausgehandeltes und hoffentlich endgültig in Kraft tretendes Waffenstillstands- und Friedensabkommen eingehalten wird, oder aber, ob das von millionenfachem Leiden und Sterben so furchtbar getroffene vietnamesische Volk mit oder ohne seine Nachbarn in Laos und Kambodscha einem dritten Krieg entgegenzutaumeln.

(-/25.1.1973/ks/bgy/ex)

(NdB Dr. Schweitzer ist Verfasser der Bücher "Amerikas chinesisches Dilemma" und "Die USA und der Vietnam-Konflikt 1964-1967")